

ESSAY II

Die Enteignung des Körpers

Wo werde ich sein, wenn der Tod mich findet? Kann ich ihm ausweichen, muss ich mich ergeben? Die Endlichkeit selbst des gestündeten Lebens ist der letzte unausweichliche Affront in einer Gesellschaft, die dem Tod und seinem vorangestellten Alterungsprozess permanent und hysterisch zu entrinnen versucht.

Geht es nach Gesundheitsminister Jens Spahn, sollen wir alle uns demnächst mit dem eigenen Tod auseinandersetzen. Er halte es für zumutbar, angesichts der bedrückenden Lage von über 10.000 Menschen, die auf ein Spenderorgan warten. Deren Recht auf Leben „wiegt mehr als das Recht, einer Entscheidung aus dem Weg zu gehen“, begründet er seinen Gesetzentwurf zur sogenannten Widerspruchslösung, wonach wir alle automatisch zu Organspendern würden, wenn wir nicht aktiv widersprechen. Der SPD-Politiker Karl Lauterbach geht noch einen Schritt weiter. Er formuliert, es sei eine „Schande“, dass derzeit so viele Menschen unnötig litten, weil keine Organe für sie vorhanden seien. Die Grenze von selbstloser Spende zur moralischen Nötigung wurde schnell passiert. Darf die Gesellschaft von mir verlangen, im Tod gefälligst noch nützlich zu sein? Nun legen wir sonst großen Wert auf Persönlichkeitsrechte und die Autonomie des eigenen Körpers. Man darf in Deutschland ohne explizites Einverständnis keine Frau anfassen, kein Zeitungsabo verkaufen und laut Datenschutz auch keinen Newsletter mehr ohne Einwilligung des Empfängers zustellen. Jetzt will man aber ohne explizite Einwilligung eines Menschen zum Wohl der Allgemeinheit über dessen Organe verfügen können?

Es ist nahe am ethischen Abgrund, wenn der Staat sich anmaßt, über die Körper seiner Bürger entscheiden zu können. Die Automatisierung zum Organspender ist keine „selbstlose Spende“ mehr, sondern die faktische Enteignung des menschlichen Körpers. Selten wurde der Utilitarismus unserer Gesellschaft so offen zu Ende gedacht wie im Gesundheitswesen. Der Mensch wird zum berechenbaren Kostenfaktor degradiert. Wer behindert ist, soll besser gar nicht erst geboren werden, weil er Kosten verursacht und nichts nutzt. Wer krank ist, soll sterben wollen, dafür legalisieren die ersten Länder bereits die Euthanasie. Die FDP liebäugelt bereits mit dem „Sterben in Freiheit“. Der Freitod für freie Bürger entlastet praktischerweise nicht nur den „Leidenden“, sondern auch das Gesundheitswesen vom Leid der Kosten. Doch wer jetzt gedacht, dass uns am Sterbebett noch der Sozialismus einholt, indem wir unseren Körper dem Kollektiv spenden sollen?

Selten wurde der Utilitarismus unserer Gesellschaft so offen zu Ende gedacht wie im Gesundheitswesen. Der Mensch wird zum berechenbaren Kostenfaktor degradiert. Ist Organspende erste Bürgerpflicht?



BIRGIT KELLE

Utopie? – Was uns erwartet, ist leider eine dystopie. Friedlich einschlafen im Kreis der Familie fällt als Organspender aus. Man wird an Apparate angeschlossen, rausgeschoben und aufgeschnitten und definitiv tot zurückgebracht. Angehörige werden auf den Fluren der Intensivstationen genötigt, Entscheidungen zu fällen, die sie in der Situation zusätzlich überfordern. Die Frage nach der körperlichen Unversehrtheit bis in den Tod erscheint als Luxusproblem, spielt in zahlreichen Religionen aber keine unwichtige Rolle. Bestattungsrituale sind so alt wie die Menschheit selbst. Wir schützen gar gesetzlich die Würde und die Ruhe der Toten. Es ist kein banaler Unterschied, ob man den Körper als Gefäß der Seele oder als unnütze sterbliche Hülle betrachtet. Mein Körper hat bereits vier Kindern das Leben ermöglicht, hat er damit nicht genug geleistet? Manche sagen gar, es sei schon zu viel.

Wenn Organspende zur Bürgerpflicht erklärt wird, gälte das bereits für Jugendliche ab 16 Jahren. Wir lassen sie in diesem Alter weder zur Wahl noch Auto fahren und ohne „Muttitzettel“ nicht in die Disco, jetzt sollen sie aber über die Umstände ihres Todes entscheiden? Fakt ist, die Spendenbereitschaft der Bürger ist hoch, die Vertrauenskrise in die Transplantationsmedizin nach zahlreichen

Skandalen in den vergangenen Jahren allerdings auch.

Woher kommt die plötzliche Eile von Minister Spahn? Wieso will er nicht einmal die eigene Novellierung des Transplantationsgesetzes aus dem März dieses Jahres zur Entfaltung kommen lassen, die vor allem das Manko der Abläufe in den Kliniken beiseitigen soll? Denn wenn manche Fachkliniken siebenmal mehr Organtransplantationen möglich machen als andere, liegt das nicht an regional übersteigter Spendenbereitschaft, sondern am System.

Bleibt am Ende die Frage, wann der Mensch so richtig endgültig tot ist. Derzeit wird der Hirntod als Messlatte des Todes wie eine Art Naturgesetz gehandelt. Es ist aber ein „Tod bei lebendigem Leib“, denn genau genommen muss ein Mensch bei der Organentnahme noch leben, sonst wären seine Organe irreversibel geschädigt und nutzlos. Faktisch ist der Hirntod eine Hilfsdefinition von Transplantationsmedizinern der Universität Harvard aus dem Jahr 1968, die genau dies Dilemma lösen sollte und die Ärzte auch vor strafrechtlichen Konsequenzen schützt. Wer vorher schon für „tot“ erklärt wird, den kann der Arzt nicht mehr töten. Nun haben Hirntote weltweit mehrfach noch Schwangerschaften ausgetragen und Kinder geboren oder auch mit ihrem Sperma Kinder gezeugt, sie können Schweißausbrüche und Bluthochdruck bekommen bei der Organentnahme. Tot?

Schlimmer noch. Nicht einmal auf die bereits schwierige Definition von „hirntot“ können wir uns als Patienten verlassen. So ist beispielsweise im hochgelobten Spanien, das gerne als europäischer Organspende-Spitzenreiter zitiert wird, bereits der Herztod ein Todeskriterium. Man ist dort viel früher „tot“. Das erklärt die hohen spanischen Organspende-Zahlen möglicherweise viel besser als die praktizierte Widerspruchslösung. Auch Frankreich, die Schweiz, die Niederlande oder auch Teile der USA lassen die „Non-Beating-Heart-Donors“ zu. Und ist es eigentlich legal, wenn über die Stiftung Eurotransplant in Deutschland ein Kranker ein Herz erhält, das in den Niederlanden unter medizinischen Umständen entnommen wurde, die in Deutschland als Totschlag gelten?

Wer schützt uns davor, dass die Todesdefinition plötzlich von Ärzten bestimmt und verändert wird, je nachdem was gerade nützlich erscheint? Die nüchterne Antwort ist: Niemand. Schwammig heißt es im Transplantationsgesetz unter Paragraf 3.2, dass die Entnahme von Organen oder Geweben zulässig sei, „wenn der Tod des Organ- oder Gewebespenders nach Regeln, die dem Stand der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft entsprechen, festgestellt ist“. Wie man sieht, ist der „Stand der Erkenntnisse“ ein opportunistisches Geschöpf. Wenn jeder Organempfänger anschließend lebenslang Immunsuppressiva im Wert von über 100.000 Euro jährlich braucht, dann ist Organtransplantation nicht nur ein altruistischer Akt, sondern, so böse es klingt, auch ein ziemlich gutes Geschäft.

Man sagt, täglich sterben Menschen, weil sie vergeblich auf ein Spenderorgan gewartet haben. Es ist gut, dass eine Zivilgesellschaft das nicht kalt lässt, dass man nach Lösungen und Hilfe strebt. Glücklicherweise nicht persönlich betroffen ist.

Die Autorin (44) schreibt Gastkommentare und Bücher. Zuletzt erschien von ihr „Muttertier: Eine Ansgage“

PLATZ DER REPUBLIK



Von Kirchen und Parteien



SUSANNE GASCHKE

Ich habe einen Freund, der sich immer sehr über Katholiken aufregt. Katholische Priester sind für ihn sowieso durch die Bank Kinderschänder, aber er sieht auch überall Katholikenverschwörungen am Werk. Ich finde Diskussionen mit ihm manchmal etwas anstrengend, weil ich, als vor 30 Jahren aus der Kirche ausgetretene Protestantin, offenbar überhaupt kein Sensorium für die unvorstellbaren Tücken der im Geheimen netzwerkenden Katholiken habe.

Wahrscheinlich gehöre ich zu der wachsenden Zahl von Deutschen – Islamisten natürlich ausgenommen –, die der Religion gleichgültig bis ignorant gegenüberstehen. Und die damit dafür sorgen, dass unsere beiden großen Kirchen bis 2050 die Hälfte ihrer Mitglieder verlieren werden – weil die alten Gläubigen wegsterben, weil Leute wie wir unsere Kinder nicht taufen lassen oder weil Kinder, die aus Versehen doch noch getauft wurden, beim ersten Blick auf den Kirchensteuerabzug von ihrer Gehaltsabrechnung die Flucht ergreifen.

Parallel zu dieser nachlässigen Entfremdung nimmt interessanterweise der

Wunderglaube in der Bevölkerung zu; und auch die Zahl der Menschen, die an Engel glauben. Was zeigt, dass wir trotz aller Diesseitigkeit immer noch nach irgendeinem Sinn des Lebens suchen, nach einer höheren Geborgenheit, nach Transzendenz und nach irgendetwas nach dem Tod.

Mich beschleicht langsam der Gedanke, dass es ein Fehler war, aus einer Organisation auszutreten, die, zumindest dem Ideal nach, unsere Gesellschaft zusammenhält. Einer Organisation, die gegen die krasse Individualisierung unserer Tage immer noch einen gemeinsamen Glauben setzt und außerdem ziemlich grundsätzliche Bildung vermittelt. Oder wenigstens vermittelte, als der Konfirmandenunterricht keine reine Stuhlkreisveranstaltung war.

Doch evangelischen Pastoren scheint es allzu oft eher peinlich zu sein, wenn man wiedereintrittswillige Geräusche macht – wie ja auch die Volksparteien nicht mehr mit wirklicher Kraft und Wucht zu dem stehen, was ihre weltanschauliche Überzeugung ausmacht. Das ist übrigens vom Markenkern der Kirchen oft gar nicht so weit entfernt: Es geht um Zusammengehörigkeit; es geht um den Glauben an etwas anderes als die bloße Gegenwart. Unsere Gesellschaft braucht beides. Dringend. Aber Parteien und Kirchen lassen uns hängen, weil sie selbst nicht mehr an sich und ihr „Geschäftsmodell“, wie es heute heißt, glauben.

KOMMENTAR

Die Agonie Großbritanniens



ALAN POSENER

Am Dienstag treffen sich die Verlierer der englischen Kommunalwahlen, Jeremy Corbyn und Theresa May. Die Lehre aus der gemeinsamen Niederlage, so die Premierministerin, laute: Endlich einen Brexit-Deal vereinbaren, der eine Mehrheit im Parlament finden kann. Das wäre wohl auch vernünftig: harte Grenzen für die Brexit-Befürworter, eine Zollunion für die Brexit-Gegner. Doch für Vernunft ist es in Großbritannien wahrscheinlich zu spät.

Zwei Drittel der konservativen Abgeordneten dürften gegen jeden Deal stimmen, der eine dauerhafte Zollunion enthält. Sie haben ja schon gegen die von May mit der EU vereinbarte vorübergehende Zollunion – den „Backstop“ – gestimmt. Und mindestens ein Drittel der Labour-Abgeordneten sowie die Abgeordneten der Liberaldemokraten, der schottischen und walisischen Nationalisten und der neuen Partei Change UK werden jeden Brexit-Deal ablehnen, der nicht dem Wahlvolk in einem Referendum vorgelegt wird. Denn sie hoffen, dass die Briten den Kompromiss ablehnen und auf diese Weise doch

noch in der EU verbleiben. Genau deshalb aber werden die Konservativen jeden Deal ablehnen, der ein erneutes Referendum vorsieht.

Manche europaskeptischen Kommentatoren hierzulande meinen, dass die EU Großbritannien nicht genügend entgegenkommt. Doch das Problem liegt anderswo. Die Konservative Partei ist von Extremisten in Geiselhaft genommen, für die der Brexit nur der Beginn einer Rückkehr in die 1950er-Jahre ist, während Labour von einem Extremisten geführt wird, der im Kern dasselbe will, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Für linke und rechte Extremisten geht es darum, die Revolution Margaret Thatchers rückgängig zu machen, die aus einer altmodischen Klassengesellschaft eine moderne europäische Meritokratie formte.

Dabei bilden proeuropäische Konservative, gemäßigte Labour-Leute, Liberaldemokraten und Grüne eine Mehrheit der englischen politischen Klasse. In Schottland und Nordirland sind Brexit-Gegner ohnehin in der Mehrheit. Doch fehlt eine charismatische, einigende Gestalt, die aus den Trümmern der konterrevolutionären linken und rechten Parteien eine Partei der radikalen Mitte schmieden könnte. Die Agonie Großbritanniens dürfte sich auch nach den Gesprächen am Dienstag fortsetzen. alan.posener@welt.de

Am Sterbebett holt uns noch der Sozialismus ein, indem wir unseren Leib dem Kollektiv spenden sollen

LESERBRIEFE

Es geht um Israel

Zu: „Hier irrt Herr Klein“ vom 2. Mai

Mag sein, lieber Herr Niewendick, dass Herr Klein irrt. Das eigentliche Problem des internationalen Antisemitismus betrifft aber nicht ihn, sondern Frau Merkel und Herrn Maas, die in großen Worten Israel verteidigen, aber in Taten immer wieder klein beigeben. Warum signalisiert Deutschland nicht allen Ländern, die Israel vernichten wollen, dass sie von Deutschland nicht als Partner, sondern als Gegner betrachtet werden? Wer offiziell den Staat Israel vernichten will, sollte von Deutschland geächtet werden. Nur dann würde Deutschland geachtet werden – auch von seinen Gegnern. Entscheidend ist, dass die jeweils betroffene Bevölke-

rung merkt, dass Deutschland in Bezug auf Israel glaubwürdig ist und keine Kompromisse macht.

DR. FRANZ BRÜCK, DÜSSELDORF

Magie der Spenden

Zu: „Über eine Milliarde“ vom 3. Mai

Eine Milliarde? Na und?! Als würde jeden Monat ein Gebäude dieser Dimension ein Opfer der Flammen. Als würde die Weltgemeinschaft bei humanitären, ökologischen Katastrophen regelmäßig kneifen. Wo kämen wir denn hin, wenn wir uns nicht mehr identifizieren dürften mit solchen Bauwerken? Was wäre denn die Alternative gewesen? Notre-Dame als gigantische Ruine sich selbst zu überlassen? Hinzukommend: An Notre-



Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71606, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Dame wurde zweihundert Jahre gebaut, sprich von fast sechs Generationen. Für so manchen wird Notre-Dame zum Grab geworden sein. Es ist auch eine Frage der Würdigung, das, was diese Menschen geleistet haben, wieder aufzubauen.

UWE KLAPPERT, SIEGEN

Erinnert fühlte ich mich an eine Spendenaktion, die ich vor Jahren für die Restaurierung eines alten Altars gesammelt hatte. Es gab leise Stimmen hinter vorgehaltener Hand, aber auch lautere, die mahnten, das Geld für „wichtigere Zwecke“ einzusetzen. Ich habe damals versucht, die Kritiker zu verstehen: In aktueller Not kann Geld für Soziales mehr überzeugen, weil es gezielt und richtig eingesetzt – die Not schneller wenden hilft. Aber ich habe damals auch versucht, Kritiker für

meine Position zu gewinnen: Kann Geld für den Einsatz religiöser Kulturgegenstände oder gar Kirchen nicht helfen, geschichtliches Bewusstsein, ziviles Gemeinschaftsgefühl, geistige Motivation und soziale Verantwortung zu wecken, ja auch indirekt einheits- und sinnstiftend wirken? Damals bin ich von vielen verstanden worden. Das Geld kam zusammen. Der restaurierte Altar steht wieder an alter Stelle. Und vor dem „Martins-Altar“ versammelten sich regelmäßig Menschen, die an Nächstenliebe, Eigenverantwortung und Solidarität als spirituelle Motoren einer Gesellschaft mit einem menschlichen und sozialen Gesicht erinnern werden. Den Spendern, die freiwillig und mit dem Herzen Geld gegeben haben, kann die Stadtgesellschaft bis heute dankbar sein.

DR. BURKHARD BUDDÉ, BAD HARZBURG

Seelenkälte

Zu: „Zweifello gibt es in der AfD rechtsextreme Tendenzen“ vom 23. April

Hier der als Mensch und Politiker seriöse Demokrat und Mitbegründer der AfD, Konrad Adam. Dort Alexander Gauland, für den das doch auch früher galt – oder schien es nur so? Heute trifft es leider nicht mehr zu. Damit steht Gauland prototypisch für die Entwicklung maßgeblicher Teile der AfD hin zu Radikalisierung, Fundamentallopposition und Ressentiment. Diese scheußliche Seelenkälte, Intoleranz – da fehlt es an grundsätzlichem Respekt Andersdenkenden und -aussehenden gegenüber. Ich bin sehr enttäuscht von Herrn Gauland und seiner AfD.

MICHAEL MEINSEN, HANNOVER